

# Entstehungsgeschichte des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

## 1. Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten (1948-1950)

Die Aufnahme und Eingliederung eines wahren Stroms von Flüchtlingen war eine der Hauptaufgaben, vor denen das am 1. November 1946 gegründete Land Niedersachsen stand. Zur administrativen Bewältigung dieses Problems wurde das Landesflüchtlingsamt eingerichtet, das mit der Gründung des Landes Niedersachsen als Abteilung V dem *Ministerium für Aufbau, Arbeit und Wohlfahrt* unterstellt wurde. Mit dem Erlass des Niedersächsischen Ministerpräsidenten **Hinrich Wilhelm Kopf** (SPD) vom 23. November 1946 über den Aufbau der Niedersächsischen Staatsregierung wurde dieses Ministerium aufgeteilt in das *Ministerium für Aufbau und Arbeit* und das *Ministerium für Soziale Angelegenheiten*. Ein weiterer Erlass vom selben Tage regelte die Einsetzung eines Niedersächsischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen mit Sitz in Hannover; dieser unterstand dem Ministerpräsidenten und nahm die zentralen



Heinrich Albertz

Angelegenheiten der Flüchtlingsbetreuung wahr. Mit Zustimmung des Zivilgouverneurs für das Land Niedersachsen berief der Ministerpräsident am 20. Januar 1947 **Martha Fuchs** (SPD) zum ersten Kommissar.



Martha Fuchs

Das Niedersächsische Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen wurde jedoch durch Beschluss des Staatsministeriums vom 11. Juni 1948 aufgehoben; seine Aufgaben und Zuständigkeiten gingen gleichzeitig auf das neu errichtete *Niedersächsische Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten* über. Erster Minister wurde **Heinrich Albertz** (SPD). Als Geschäftsbereich gibt das Verwaltungshandbuch für Niedersachsen von 1949 die Flüchtlingsdurchgangslager Friedland (Leine), Lüstringen (bei Osnabrück), Poggenhagen (bei Neustadt am Rübenberge) und Uelzen an.

## 2. Ministerium für Vertriebene, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten (1950-1951), Ministerium für Vertriebene (1951-1953) Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (1953-1964)



Erich Schellhaus

Am 18. September 1950 wurde das Ministerium umbenannt in *Ministerium für Vertriebene, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten* (MfVSuG.) und am 14. Juni 1951 in *Ministerium für Vertriebene* (Nds. VertrM.), wobei die Angelegenheiten der allgemeinen Volkspflege, der Soforthilfe und des Gesundheitswesens auf das *Ministerium für Wirtschaft und Arbeit* übertragen wurden. Neuer Minister wurde **Erich Schellhaus** (GB/BHE), dessen Amtszeit bis zum Jahre 1963 dauerte, unterbrochen vom 19. November 1957 bis 11. Mai 1959 durch **Albert Höft** (SPD).



Albert Höft



Curt Miehe



Maria Meyer-Sevenich



Herbert Hellmann

Am 17. März 1953 umbenannt in *Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte* (MfVFuK.), wurde am 16. Dezember 1953 der Geschäftsbetrieb neu organisiert: Abteilung I umfasste nun die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen und das Landesausgleichsamt, während die Abteilung II Gesetzgebung, Eingliederung, Umsiedlung und Statistik bearbeitete.

Die Zuständigkeit für die Betreuung der heimatlosen Ausländer ging unter Ministerpräsident **Heinrich Hellwege** (DP) durch Beschluss vom 6. September 1955 vom *Ministerium des Innern* auf das MfVFuK.

### 3. Ministerium für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge (1964-1970)

Am 21. Juli 1964 beschloss die Landesregierung unter Ministerpräsident **Georg Diederichs** (SPD), die Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Bonn als neue Abteilung in das Ministerium einzugliedern und gleichzeitig die Bezeichnung in *Ministerium für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge* (MfBfVuF.) zu ändern.

Die Vertretung wurde als Abteilung III des Ministeriums geführt. Minister waren vom 12. Juni 1963 bis 12. Juni 1964 **Albert Höft** (SPD), ab 24. Juni 1964 bis zu seinem Tode am 6. Juli 1965 **Curt Miehe** (SPD), ab 13. Oktober 1965 bis Juli 1967 **Maria Meyer-Sevenich** (SPD). Sie wurde abgelöst von **Herbert Hellmann** (SPD), der das Amt vom Juli 1967 bis zum Rücktritt des Ministerpräsidenten **Alfred Kubel** am 15. Januar 1976 innehatte.

### 4. Ministerium für Bundesangelegenheiten (1970-1986)

Mit der Umbenennung in *Ministerium für Bundesangelegenheiten* (MfB, seit 1972 MB) vom 8. Juli 1970 erhielt das Ministerium den Namen, der in den 1970er Jahren gültig war. Der Geschäftsbereich blieb auch nach 1970 zunächst konstant. Nach dem Regierungswechsel 1976 wurde **Wilfried Hasselmann** (CDU) Minister (6. Februar 1976 bis 8. Juli 1986). Infolge des Kabinettsbeschlusses vom 25. Juli 1978 erhielt das Ministerium von der Staatskanzlei die Zuständigkeit für die Landeszentrale für politische Bildung, die der direkten Aufsicht des Staatssekretärs im Ministerium unterstand.



Wilfried Hasselmann

## 5. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (1986-1994)



Heinrich Jürgens

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Landtagswahlen 1986 bildeten CDU und FDP eine Koalitionsregierung. Das Ministerium für Bundesangelegenheiten wurde in *Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten* (MB) umbenannt, wobei es zunächst nur kleinere Veränderungen im Aufbau des Ministeriums. Minister wurde der FDP-Politiker **Heinrich Jürgens** (9. Juli 1986 bis 21. Juni 1990). Zum 15. Mai 1987 wurde durch das Sozialministerium das Amt einer Ausländerbeauftragten geschaffen, welche die Aufgaben der Ausländerbetreuung und -integration ressortübergreifend koordinieren und die Leitung eines Referats im MB übernehmen sollte.

Nach der Landtagswahl vom 13. Mai 1990 und dem Regierungswechsel übernahm **Jürgen Trittin** (Bündnis 90/Die Grünen) das Amt des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten am 21. Juni 1990. Er führte das Ministerium bis zum 20. Juni 1994. Weitere Veränderungen brachte die Wiedervereinigung mit sich, als zusätzlich zur Einrichtung einer Referatsgruppe Z (Zentrale Aufgaben) durch die Bekanntmachung der Staatskanzlei vom 11. Oktober 1990 das Amt eines „Beauftragten der Niedersächsischen Landesregierung für die Koordinierung der Zusammenarbeit mit dem Land Sachsen-Anhalt“ eingeführt wurde. Zudem wurden die Abteilungen 1 und 2 umbenannt (1: Europaangelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit; 2: Aussiedler, ausländische Flüchtlinge, Büro der Ausländerbeauftragten, Lastenausgleich). Später wurde ein „Verbindungsbüro des Landes Niedersachsen bei den Europäischen Gemeinschaften“ in Brüssel eingerichtet.



Jürgen Trittin

## 6. Zwischenphase (1994-1999)

Mit der Landtagswahl 1994 und dem Ende der Rot-Grünen-Landesregierung wurde das MB aufgelöst. Die Abteilungen 1 und 3 des MB wechselten als Abteilung 3 und 4 zur Staatskanzlei unter Ministerpräsident **Gerhard Schröder** (SPD), die Abteilung 2 als Abteilung 4 zum Innenministerium unter Minister **Gerhard Glogowski** (SPD). Teil der Staatskanzlei wurde



Heidrun Merk



Wolf Weber

auch das Verbindungsbüro des Landes Niedersachsen in Brüssel, ferner wurden die Stellen eines Bevollmächtigten des Landes beim Bund (im Rang eines Staatssekretärs) sowie eines Europabeauftragten geschaffen.

Die Zuständigkeit für die Europapolitik gab die Staatskanzlei 1996 an das Justizministerium unter Ministerin **Heidrun Merk** (SPD) ab, das zwischen 1996 und 1999 in *Ministerium für Justiz und Europaangelegenheiten* umbenannt und um eine Abteilung 5 (Europaangelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit) verstärkt wurde. Merk trug den Titel Europaministerin bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Amt am 30. März 1998.

Anschließend war ihr Nachfolger **Wolf Weber** (SPD) bis zum Ende seiner Amtszeit am 15. Dezember 1999 für die Europapolitik des Landes Niedersachsen zuständig.

## 7. Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten (1999-2003)

Mit Amtsantritt der Regierung unter **Sigmar Gabriel** (SPD) am 15. Dezember 1999 wurde die Zuständigkeit für die Bundes- und Europapolitik des Landes Niedersachsen erneut gebündelt und der Verantwortung von **Wolfgang Senff** (SPD) als Minister für Bundes- und



Wolfgang Senff

Europaangelegenheiten anvertraut, der allerdings kein eigenes Ministerium führte, sondern Teil der Staatskanzlei wurde. Hier oblag ihm die Zuständigkeit für die Abteilungen 3 und 4, später 4 und 5. Infolge des Regierungswechsels am 4. März 2003 wurde vom neuen Ministerpräsidenten **Christian Wulff** (CDU) zur Regelung des Jahres 1994 zurückgekehrt und das Ministeramt wieder abgeschafft. Auch Wulffs Nachfolger als Regierungschef **David McAllister** (CDU) blieb nach seinem Amtsantritt am 1. Juli 2010 bei dieser Struktur. Nach dem neu-

erlichen Regierungswechsel am 19. Februar 2013 verzichtete die Landesregierung unter Ministerpräsident **Stephan Weil** (SPD) zwar auf ein eigenständiges Ministerium, bündelte aber die Aufgaben der Regionalen Landesentwicklung in einer neuen Abteilung in der Staatskanzlei.

## 8. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (seit 2017)

Nach der Landtagswahl 2017 und der Bildung einer Großen Koalition unter Ministerpräsident Weil wurde am 22. November 2017 beschlossen, das Ministerium als *Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung* (MB) bis Ende März 2018 neu zu gründen. Neben einer Querschnittsabteilung (Referatsgruppe Z) wurden dem neuen MB die bisherigen Abteilungen 3, 4 und 5 der Staatskanzlei, jedoch ohne das Referat 304 (Internationale Zusammenarbeit), als neue Abteilungen 1 (Regionale Entwicklung, EU-Förderung), 2 (Europa) und 3 (Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund) angeschlossen. Neue Ministerin wurde **Birgit Honé** (SPD), die zuvor als Staatssekretärin in der Staatskanzlei bereits diese Geschäftsbereiche geleitet hatte.



Birgit Honé